

E-Mail-Newsletter

Nr. 175, 4. Oktober 2012

nächster Redaktionsschluss: 15. November 2012

Liebe Mitglieder, FörderInnen und Interessierte!

Zum Tag des Flüchtlings am 28. September zog sich eine neue "Das Boot ist voll"-Rhetorik durch die bundesdeutsche Medienlandschaft. Hierzu gehörte auch die Meldung, dass die Landesaufnahmestelle in Karlsruhe überfüllt und jetzt langsam die Grenze der Belastbarkeit erreicht sei. Ein (zwischenzeitlicher?) Anstieg des Zuzugs von Flüchtlingen hat immer noch zugkräftigen Nachrichten- und Skandalwert, selbst wenn sich die realen Zugangszahlen von den 90er-Jahren fast wie Tag und Nacht unterscheiden. Und die Spekulationen kursieren: Liegt die Zunahme wohl gar am Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli? Erzeugt die Gewährung des Existenzminimums einen Pull-Effekt? Für manche JournalistInnen und Amtspersonen scheint dies auf der Hand zu liegen. Laut Stuttgarter Nachrichten will gar ein Beamter eines Ministeriums jedem, der sich für eine Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes einsetzt, vier Flüchtlinge in den Garten stellen.

Diesem altbekannten Argumentationsmuster können wir entgegenhalten, dass die Grenzen um die Europäische Union nach wie vor mit Milliardenaufwand immer dichter gemacht werden. Dass die Zugänge trotzdem ansteigen, könnte auch etwas damit zu tun haben, dass die Fluchtursachen dieser Welt (aktuellstes Beispiel Bürgerkrieg in Syrien) trotz FRONTEX nicht weniger werden. In BaWü haben die Landkreise über viele Jahre ihre Aufnahmekapazitäten abgebaut und jetzt jammern sie laut, wenn sie ein wenig Druck von oben bekommen, damit sie ihre Aufnahmequoten erfüllen. Ein kleiner Vergleich: Der Landkreis Tübingen, der löblicherweise ab Anfang 2013 von Essenspaketen auf Bargeld umstellen wird, muss aktuell zusätzlich 41 neue Flüchtlinge aufnehmen und problematisiert dies öffentlich ("kein Platz..."). Gleichzeitig realisiert die Stadt Tübingen die Neuaufnahme von 1.000 zusätzlichen Studierenden in zum Teil schönen neuen Apartments. Also, wenn man will, geht vieles, und deswegen wird auch der Flüchtlingsrat das Seine dazu tun, dass die vielen gewollten Verbesserungen auch Realität werden. Und wir fordern dazu auf: Helfen Sie unseren Behörden vor Ort, Wohnungen für Flüchtlinge zu finden, damit die Lagerpolitik nicht wieder fröhliche Urständ feiert. Melden Sie freie öffentliche Gebäude oder private Wohnungen an die zuständigen Behörden!

In diesem Sinne, viel Vergnügen bei der Lektüre unseres Newsletters

1. BADEN-WÜRTTEMBERG

Neues vom Flüchtlingsrat / Berichte aus den Regionen / Pressedoku...

Tag des Flüchtlings 2012

Zum Tag des Flüchtlings am 28. September forderte der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg in einer Pressemitteilung die Stadt- und Landkreise auf, die Diskriminierung von Flüchtlingen durch Essenspakete, Lagershops und Gutscheinsystem in ganz Baden-Württemberg zu beenden. [Weiterlesen ...](#) [Pressemitteilung Flüchtlingsrat BW als PDF](#)

- 27.09.2012 Pressemitteilung PRO ASYL zum Tag des Flüchtlings: "[PRO ASYL warnt vor Stimmungsmache und fordert Aufnahme- und Integrationskonzept](#)" "... In den letzten Jahren seien Aufnahmekapazitäten plan- und konzeptionslos abgebaut worden. Dies sei der Grund für die Unterbringungsprobleme von Flüchtlingen in einigen Regionen Deutschlands. ..."

- 26.09.2012 Pressemitteilung zum bundesweiten Flüchtlingstag 2012 von AMNESTY INTERNATIONAL und PRO ASYL: [S.O.S. Flüchtlinge: Retten statt Abwehren!! EU darf Außengrenzen nicht abschotten](#): "Auf der Flucht vor Unterdrückung, Gewaltkonflikten und Armut sind allein im Jahr 2011 über 1.500 Menschen im Mittelmeer umgekommen. Europas Abschottungspolitik ist dafür mitverantwortlich."

- 27.09.2012 [Pressemitteilung Ministerium für Integration BW](#): Ministerin für Integration fordert zum „Tag des

Flüchtlinge“ zügigere Asylverfahren. Bilkay Öney: „*Flüchtlinge haben Anspruch auf Klarheit über ihre Aufenthaltsperspektive.*“

27.09.2012 [Südwest Presse: "Die offene Wunde wird zur Narbe". Interview mit Dr. Regina Kurth und Manfred Makowitzki vom Behandlungszentrum für Folteropfer Ulm.](#) Was ist Folter, was macht Folter aus Menschen? Wie werden traumatisierte Flüchtlinge therapiert?“

- 29.09.2012 [Südwest Presse: "Hartherziges Auslaufmodell" - Kommentar von Andreas Linder](#), Leiter der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats BW, Rubrik "Fremde Feder", Seite 3 Politik.

29.09.2012 ka-news.de: [Bündnis protestiert in Karlsruhe gegen Sammelheime für Asylbewerber. Artikel über einen Delegationsbesuch in der Landesaufnahmestelle und eine Demo zum Tag des Flüchtlings in Karlsruhe](#)

Bargeld statt Sachleistungen!? Erste Landkreise stellen um

Mit den seit 1. August 2012 geltenden Übergangsregelungen des Integrationsministeriums zum Flüchtlingsaufnahmegesetz von Baden-Württemberg können die Landkreise auch die Diskriminierung durch Sachleistungen beenden und auf Bargeld umstellen. Als erster der 44 Stadt- und Landkreise kündigte die Stadt Heidelberg am 31. August den Umstieg auf Bargeldzahlungen an. Am 20. September folgte der Landkreis Tübingen, der den Vertrag mit dem Essenspaket-Lieferanten Dreikönig (Schwäbisch Gmünd) zum Jahresende kündigte. Am 26. September erklärte die Stadt Mannheim den Umstieg auf Bargeld. Diesem Beispiel sollten möglichst viele weitere Landkreise folgen, hierfür setzt sich der Flüchtlingsrat ein. Einige Landkreise tendieren jedoch zum Verbleib im Sachleistungssystem, so hat der Landkreis Karlsruhe lediglich von Essenspaketen auf Gutscheinsystem umgestellt.

Asylunterkunft bei Heilbronn komplett abgebrannt

In Ellhofen bei Heilbronn ist am 18. September ein Brand in einer Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge ausgebrochen. Dabei erlitten acht Flüchtlinge leichte Verletzungen. Die Unterkunft, eine eingeschossige Holzbaracke, ist dabei komplett dem Feuer zum Opfer gefallen. Dass es nicht zu Schlimmerem kam, ist dem Umstand zu verdanken, dass zu dem Zeitpunkt lediglich 17 Menschen in der Unterkunft übernachteten und zwei Bewohner die anderen aufwecken konnten. Gemeldet sind dort eigentlich 33 Personen. Die BewohnerInnen, die durch den Brand teilweise ihr ganzes Hab und Gut verloren haben, wurden vorübergehend in Notquartieren untergebracht. Die Ermittlungen zur Brandursache dauern noch an, die Polizei schließt Brandstiftung jedoch aus. In der letzten Septemberwoche konnten die letzten der obdachlos gewordenen Asylsuchenden in einer neuen GU in Bad Friedrichshall-Kochendorf aufgenommen werden. Dies ist bereits der zweite Großbrand in einer GU in kurzer Zeit. Am 24.8. brannte es in der GU Stuttgart-Heumaden, ebenfalls ein ähnliches Leichtbau-Gebäude. Der Flüchtlingsrat fordert weiterhin, dass derartige Unterkünfte, die notwendige Sicherheitsstandards nicht erfüllen, geschlossen werden müssen.

- 19.09.12 Stuttgarter Zeitung: [Asylheim in Ellhofen abgebrannt - sechs Bewohner verletzt](#)

- 19.09.12 Heilbronner Stimme: [Nach Brand in Wohnheim: Kripo ermittelt.](#) Mit Fotos von dem Feuerwehreininsatz, an dem auch Innenminister Gall persönlich beteiligt war, und von der ausgebrannten Unterkunft)

- 20.09.12 Heilbronner Stimme: [Asylbewerber zelten nach Wohnheimbrand](#)

- 26.09.12 Heilbronner Stimme: [Asylbewerber brechen ihr Zelt ab](#)

Landesaufnahmestelle überfüllt? "Grenzen der Belastbarkeit" erreicht?

Im Sommer dieses Jahres sind die Asyl-Zugangszahlen auch in Baden-Württemberg weiter angestiegen. Im August wurden 821 Neuzugänge gezählt (Vorjahr: 508), im September 986 (Vorjahr 519). Dies führte dazu, dass die Unterbringungskapazitäten in der Landesaufnahmestelle erschöpft waren und zusätzliche Unterkünfte angemietet werden mussten. Aktuell befinden sich rund 1.500 Flüchtlinge in Karlsruhe (Kapazität des Hauptgebäudes weniger als 1.000). Dies führte in den vergangenen Wochen zu einer neuen öffentlichen Debatte über die Zahl der Flüchtlinge. Es gab aber auch massive Kritik an den Lebensbedingungen, denen die Flüchtlinge in den übergangsweise angemieteten Unterkünften (z.B. im Rheinhafen) unterworfen sind.

[Weiterlesen ...](#) (Presseartikel und Berichte)

Asylstatistik: Massiver Anstieg der Zugangszahlen?

Aus den aktuellen Asylbewerberstatistiken ergibt sich, dass die Zahl der Asylers Antragsteller/innen weiter leicht zugenommen hat. Die Gesamtzahl der Erstanträge in Deutschland liegt Ende August bei 32.214 Personen, im Vorjahr waren dies zu diesem Zeitpunkt 27.585 Personen. Davon sind nach Baden-Württemberg 3.939 Personen gekommen (2011: 3.390). Während Baden-Württemberg in 2011 im Durchschnitt 438 Personen pro Monat aufgenommen hat, sind es in 2012 bisher im Durchschnitt 492 pro Monat. Trotz dieses Anstiegs bleiben die absoluten Zahlen doch im überschaubaren Bereich und sind weit entfernt von den Zahlen der 90er Jahre. Einen relativ starken Anstieg gibt es aus den Ländern Pakistan und Syrien, aus den klassischen Fluchtländern Irak und Afghanistan ist dagegen ein Rückgang um rund 10% zu verzeichnen. Aktuell wird die schnelle These kolportiert, dass das Urteil des Bundesverfassungsgerichts

zum AsylbLG zu einem "Pull-Effekt" führe, vor allem für Roma aus der Balkan-Region. Die Zahlen geben hierfür relativ wenig her: Von Januar bis August 2012 gab es rund 1.700 Asylanträge mehr von Bürgern der Staaten Serbien und Mazedonien, das macht auf Baden-Württemberg umgerechnet rund 300 Personen. Im August und September gab es jedoch einen merklichen Anstieg. In Bezug auf die Roma wird deswegen in Bayern bereits über Asyl-Schnellverfahren laut nachgedacht (siehe Taz-Artikel)

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: [Asylgeschäftsstatistik August 2012 \(PDF\)](#)

- 05.10.2012 Die Tageszeitung: [Asylanträge von Balkan-Roma. Entscheidung in 48 Stunden. Angeblich erschleichen sich serbische und mazedonische Roma Sozialleistungen in Deutschland. Bayern plant jetzt den kurzen Prozess.](#)

Kurz und knapp

- 08.09.2012 [Südkurier: „Keine Heimat, nirgends.“](#) Cucha Amiri ist aus dem Iran geflüchtet. Trotz guter Integration ist der 19-jährige nur geduldet. Kampf mit den Behörden zermürbt den Schüler.

- 06.09.2012 [Südkurier: „Düstere Eindrücke aus Roma-Dörfern.“](#) Aktivisten berichten von Osteuropareise. Künzel und Weber beklagen Diskriminierung

2. THEMEN & INFORMATIONEN

Informationen zur Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik BaWü / BRD / EU

Länderinitiative zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes

„Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Brandenburg haben angekündigt, im Bundesrat eine Gesetzesinitiative zur Abschaffung des AsylbLG einzubringen. ... Noch ist nicht klar, ob die beiden rot-grünen Bundesländer und das rot-rote Brandenburg mit ihrem geplanten Antrag durchdringen werden. Die Hoffnungen liegen auf den Stimmen der beiden großen Länder Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Würde das Gesetz endlich abgeschafft werden, müssten Asylsuchende und Geduldete dieselben Leistungen bekommen wie andere Bedürftige.“ [\[weiter in der Meldung von Pro Asyl...\]](#)

- 28.09. 2012 [Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen](#). Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg fordert Ministerpräsident Kretschmann auf, dafür Sorge zu tragen, dass die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages umgesetzt werden. Kurz vor dem "Tag des Flüchtlings" wurde bekannt, dass die von SPD-regierten Bundesländern geplante Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes angeblich vom Innen-, Finanz- und Sozialministerium unseres grünroten Bundeslandes nicht mitgetragen wird. [Weiterlesen ... Pressemitteilung als PDF](#)

Bundesrat verhandelte Gesetzesentwurf für Bleiberechtsregelung

Antrag von Hamburg u.a. vorläufig vertagt

Am 21. September behandelte der Innenausschuss des Bundesrats die Hamburger Initiative für eine neue stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung. Inhalt des Hamburger Vorschlags ist u.a. eine Vereinfachung der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für gut integrierte geduldete Jugendliche mit einer Duldung sowie eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete und gut integrierte erwachsene Flüchtlinge. Verschiedene Bundesländer – darunter Niedersachsen – hatten bereits vor einigen Monaten Vorschläge für eine solche Bleiberechtsregelung gemacht. Während Niedersachsen einen eigenen Ansatz mit besonders hohen Hürden für die Betroffenen vorsieht, stimmen die Initiativen aus Schleswig-Holstein, NRW, Baden-Württemberg, Bremen und Rheinland-Pfalz mit dem Gesetzesentwurf aus Hamburg weitgehend überein. [\[weiter in der Meldung von PRO ASYL...\]](#)

- 21.09.2012: [Antrag der Freien und Hansestadt Hamburg](#)

- 21.09.2012: [Stellungnahme des Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein zur Hamburger Bundesratsinitiative](#)

- 21.09.2012: [Pro Asyl: Synopse der bisherigen Vorschläge für eine neue gesetzliche Bleiberechtsregelung](#)

Bundesländer verlängern Abschiebestopp nach Syrien um sechs Monate

Aufgrund des andauernden Bürgerkriegs in Syrien haben sich die InnenministerInnen der Länder auf eine Verlängerung des Abschiebestopps nach Syrien um sechs Monate verständigt, zu dem nun auch

Bundesinnenminister Friedrich sein Einverständnis erklärte. Dieser Schritt ist sicherlich zu begrüßen. Allerdings stellt sich angesichts der dramatischen Lage in Syrien die Frage, ob er allein ausreicht. Eine rasche Entspannung der Lage scheint aktuell nicht in Sicht. Daher wäre es angebracht, den hier lebenden syrischen Flüchtlingen eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen zu erteilen, statt ihnen weiter den unsicheren Duldungsstatus zuzumuten. Nicht vergessen werden darf zudem die humanitäre Verantwortung der internationalen Staatengemeinschaft für die Flüchtlinge vor Ort. Hier wäre ein großzügig ausgestaltetes Aufnahmeprogramm für Syrienflüchtlinge in Deutschland dringend notwendig.

20.09.12 Pressemitteilung des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern: ["Innenminister und -senatoren verlängern Aussetzung der Abschiebung nach Syrien"](#) [PDF]

28.08.12 Pressemitteilung Pro Asyl: ["Türkisch-syrische Grenze für Flüchtlinge öffnen. PRO ASYL fordert Aufnahmeprogramm"](#)

Neue Materialien und Publikationen:

- 18.09.2012 **Abschiebungshaft. Positionspapier des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg.** Auch eine „human“ gestaltete Abschiebungshaft zermürbt die Betroffenen und macht sie krank, raubt Wochen oder gar Monate wertvoller Lebenszeit, zerreißt Familien und schürt gesellschaftliche Vorurteile gegenüber MigrantInnen. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg fordert das Justizministerium Baden-Württemberg auf, sich für eine generelle Abschaffung der Abschiebungshaft einzusetzen. In dem Positionspapier zeigen wir die gravierendsten Probleme in der Abschiebungshaft auf und stellen LLsungsanstze vor. [Flüchtlingsrat BW: Positionspapier 'Abschiebungshaft' \[PDF\]](#)
- [AWO Bundesverband \(2012\): Positionen und Empfehlungen zur Unterbringung von Flüchtlingen.](#) Bezugsadresse: AWO Bundesverband e.V, Heinrich-Albertz-Haus, Blücherstr. 62/63, 10961 Berlin, Telefon: 030 26309-0, Email: verlag@awo.org, www.awo.org

Zum Schluss: „Germany is quality of life“!

So einfach geht das: Mit einer Kampagne wirbt Deutschland national und international um Flüchtlinge, h Fachkräfte. <http://www.make-it-in-germany.com/home/> Mit dem [Quick-Check](#) können Flüchtlinge, h interessierte Hochqualifizierte, Ihre Möglichkeiten prüfen, in Deutschland zu arbeiten und zu leben.

3. AKTUELLE TERMINE

Lokale und landesweite Veranstaltungen und Aktionen / überregionale Tagungen etc

Dienstag 16. Oktober 2012 | Jugendherberge International, Haumannstr. 27, Stuttgart | 10:00 Uhr

Hürden überwinden! beim Zugang von Flüchtlingen zum Arbeitsmarkt

Arbeitsverbot und nachrangiger Zugang zum Arbeitsmarkt sind Hürden auf dem Weg in Ausbildung und Beschäftigung, die zu gesellschaftlicher Ausgrenzung und zu dauerhafter Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen führen können. Die Veranstaltung besteht aus zwei praxisorientierten parallelen Workshops am Vormittag und einer fachpolitischen Podiumsdiskussion am Nachmittag.

Veranstalter: [Netzwerk Bleiberecht Stuttgart-Tübingen-Pforzheim](#) [[ausführliches Programm & Anmeldung...](#)]

Donnerstag, 18. Oktober 2012 | 09:30 - 18:00 | Theater Freiburg | Winterer Foyer, Bertoldstr. 46 | 79098 Freiburg i. Br.

Integration in Arbeit für Flüchtlinge! Fachtag in Freiburg

Der Projektverbund Bleiberecht Freiburg / Breisgau-Hochschwarzwald lädt zu einem Fachtag über die Integration in Arbeit für Flüchtlinge ein – aktuelle Situation, Herausforderungen, Erfolge und Perspektiven.

Online-Anmeldung möglich unter: www.bleiberecht-freiburg-brhs.de **Anmeldeschluss:** 10. Oktober 2012!

9.-11. November 2012 | Tagungszentrum Hohenheim

Herbsttagung des Netzwerks Migrationsrecht

Ausweisung – Zurückweisung – Abschiebung: Zwischen Aufenthaltsrecht und Exklusion

Herbsttagung des [Netzwerks Migrationsrecht](#)

17.11. 2012 | Gemeindehaus Martinskirche, Nordbahnhofstr. 58, Stuttgart | 9.30 - 17.00 Uhr

Tagung mit Plenum des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

Thema: Ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit im Wandel [[weiterlesen...](#)]

21.11. 2012 Ludwigsburg

Veränderungen in der Asylpolitik

Podiumsdiskussion zu den Veränderungen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik in Baden-Württemberg. Mit Claus Schmiedel (MdL SPD), Jürgen Walter (MdL Grüne) und Angelika von Loeper (Flüchtlingsrat BW) (weitere Infos folgen)

Veranstalter: kumenischer Arbeitskreis Asyl Ludwigsburg

Impressum

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsstelle, Urbanstr. 44 - 70182 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Web: www.fluechtlingsrat-bw.de

Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Mitgliedschaft, eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende an:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V., BW Bank, BLZ 600 501 01, Kto: 35 17 930

Redaktion: Andreas Linder, Dr. Manfred Budzinski

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unser Website unter "Archiv / E-Mail-News" sowie viele weitere (aktuelle) Informationen.

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Wenn Sie uns als Mitglied oder SpenderIn (sofern Sie dies noch nicht sind) aktiv unterstützen wollen, finden Sie das entsprechende Formular ebenfalls auf unserer Website.

Dieser Newsletter erscheint mit Unterstützung von: Förderverein PRO ASYL e.V., Europäischer Flüchtlingsfonds, Land Baden-Württemberg (Ministerium für Integration)